

Freiheit und können zur Aneignung von Kompetenzen durch die EU genutzt werden.

Vor allem muss aber ganz eindeutig das Subsidiaritätsprinzip im Verfassungsentwurf stärker verankert werden. Dazu muss festgelegt werden, dass in Bereichen mit geteilter Zuständigkeit die Union nur dann zuständig ist, wenn nur sie die angestrebten Ziele erreichen kann.

Die Geldwertstabilität ist ein Kernanliegen liberaler Politik. Dazu muss die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank gesichert bleiben. Dass der Vertragsentwurf hier Aufweichungen vornimmt, ist ein Skandal.

Last, not least: Der Entwurf lässt immer noch eine kleine Hintertür offen, dass die EU langfristig eine eigene europäische Steuer ermöglichen könnte. Die Faustregel gilt: Egal, wie klein die Hintertür ist, eine Steuer, die man einführen kann, wird auch irgendwann eingeführt. Daher müssen Liberale dafür kämpfen, dass eine solche Steuer per se konstitutionell ausgeschlossen wird.

### Welches Europa?

Europa muss sich zwischen zwei Wegen entscheiden: Der eine führt zu Wettbewerb zwischen den einzelnen Teilstaaten und insgesamt zu einem liberaleren, effizienteren und bürgernäheren Regierungssystem, das persönliche und wirtschaftliche Freiheit sichert.

Der andere ist der des Zentralismus. Er führt zu einem „Wettbewerb“ aller Teilmemberungen, in dem jede versucht, sich der Umverteilungsmacht des zentralen Apparats zu bedienen, und zwar zu Lasten der anderen.

Europa braucht daher einen echten ordnungspolitischen Verfassungsrahmen, der die richtigen Lehren aus der Geschichte zieht. Nur eine liberale Ordnung kann Demokratie, Freiheit und Wohlstand durch Wettbewerb in Markt und Politik sichern. Das ist keine geringe Aufgabe. Aber es gilt schließlich, das „Wunder Europas“ zu sichern.

#### Literaturtipps zum Thema:

- Eric L. Jones: *Das Wunder Europas*, Tübingen, Mohr 1991.
- Roland Vaubel: *Euro-Chauvinismus. Der Hochmut der Institutionen*, Universitas, München 2001.

Zum Konventsentwurf und der „Europäischen Verfassung“ (2003) siehe auf der Website der Friedrich-Naumann-Stiftung [www.fnst.de](http://www.fnst.de) unter „Föderalismus in Deutschland und Europa“.

Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung  
Postfach 90 01 64 14437 Potsdam  
Tel.: 0331/70 19-210  
[www.libinst.de](http://www.libinst.de) e-mail: [libinst@fnst.org](mailto:libinst@fnst.org)



## Das liberale Europa

Europa ist ein ungeheuer wohlhabender Kontinent. Hier fand die Industrielle Revolution statt, die erstmalig in der Menschheitsgeschichte der großen Masse der Menschen einen Wohlstand ermöglichte, der zuvor immer nur wenigen Privilegierte vorbehalten war. Vom „Wunder Europas“ sprach der englische Wirtschaftshistoriker Eric Lionel Jones 1981 und fragte: Warum schafften andere großen Hochkulturen wie China, die uns über Jahrhunderte weit voraus waren, diesen ökonomischen Quantensprung nicht?

### Dezentralisierung ist die Stärke Europas

Die Antwort auf diese Frage, die Jones uns gibt, ist verblüffend. Europa habe zwar eine gemeinsame kulturelle Identität, doch sei

diese seit dem Untergang des Römischen Reiches nie durch politische Zentralisierung bewirkt worden. Das, was man oft als die Schwäche Europas betrachtet, seine politische Fragmentierung, sei in seine Stärke.

Dafür gibt es einen Grund. Dezentralisierung fördert Wettbewerb. In der Wirtschaft selbst wissen wir: Konkurrenz ist besser als das Monopol. Das gilt auch für die Politik. Regierungen wollen nur selten den Markt fördern, sie wollen lieber Steuern einsammeln, Gaben verteilen und Schuldenberge hinterlassen. Nur der Wettbewerb um Standorte kann sie daran hindern. Europas Erfolgsgeschichte ist die Geschichte eines dauernden Standortwettbewerbs.

### Die EU brachte uns Frieden und Wohlstand

Andererseits hat die allzu große Fragmentierung Europas in seiner Geschichte auch grauenvolle Nachteile mit sich gebracht. Immer wieder wurde der Kontinent von Kriegen zerrissen. Der Prozess der Europäischen Einigung, der nach dem 2. Weltkrieg einsetzte, war die richtige und notwendige Antwort darauf. Er hat uns Frieden, Freiheit und Wohlstand beschert. Zurecht ist er mittlerweile ein so selbstverständlicher Teil unseres Leben geworden, dass vor allem junge Menschen das Wort „Europäer“ fast schon als die alltägliche Beschreibung ihrer normalen Staatszugehörigkeit empfinden.

Aber: Die EU steht heute für die meisten Menschen auch für Bürgerferne und Bürokratismus.

Vieles wird als „fern“ und „anonym“ empfunden. Hinter diesem Missmut der Menschen steckt ein überaus reales Problem. Dieses Problem liegt in der Übertragung politischer Aufgaben von unteren (bürgernäheren) Regierungsebenen auf die höchstmögliche (bürgerfernste) Ebene.

### Kein ordnungspolitischer Entwurf

Nun ist nicht jede Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene per se schlecht. Indes ist der Umfang und der Mangel an kohärenter und einsichtiger Begründung, mit der sich dieser Prozess bisher vollzog, durchaus ein Grund zur

*"Ein kontinentaler Wirtschaftsnationalismus und Wirtschaftsdirigismus ist kein Fortschritt gegenüber einem nationalen Wirtschaftsnationalismus und Wirtschaftsdirigismus."*

*Wilhelm Röpke, 1958*

Sorge. Die EU ist auf dem Wege, sich die Unsitten genau jenes nationalen Zentralstaates anzugewöhnen, die man durch sie einmal überwinden wollte.

Bisher hat sich der Einigungsprozess nicht in Form der Umsetzung eines kohärenten ordnungspolitischen Entwurfs abgespielt. Meist waren es Ad-hoc-Schritte, die dem Prozess mal eine protektionistische (bei der Montanunion 1951) oder mal eine liberale Richtung (z.B. die Freiheitspostulate der Römischen Verträge von 1957) gaben.

### Eine gute Verfassung ist nötig

Mit dem Entwurf für einen Verfassungsvertrag hat der dazu einberufene europäische Verfassungskonvent 2003 einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung unternommen. Um den Aufgaben der Zukunft (etwa der Erweiterung) gewachsen zu sein, und um liberalen Ansprüchen zu genügen, ist eine Neuordnung und Reformulierung des bisherigen Vertragswerks zu einer echten Verfassungsordnung der einzig sinnvolle Weg.

Der vom Konvent vorgelegte Entwurf kann dabei allerdings nicht der Endpunkt der Entwicklung sein. Er ist schon wegen seiner Länge, die bereits ein Übermaß an Kompetenzzuweisung suggeriert, verbesserungsbedürftig. Die Ratifizierung darf nicht einfach „durchgepeitscht“ werden. Und: Es bedarf einer Volksabstimmung!

Gut ist, dass eine klarere Abgrenzung und Verteilung der Kompetenzen zwischen EU und Mitgliedsländern versucht wurde. Das Austrittsrecht für Mitgliedsländer wurde verankert, was langfristig vielleicht die wirksamste Waffe gegen Überzentralisierung sein könnte. Die nationalen Parlamente haben stärkere Verteidigungs- und Klagerechte gegen zentralistische Übergriffe bekommen.

Aber man darf die Augen nicht vor den Problemen verschließen. Es fängt schon bei den Grundrechten an. Zu viele positive Anspruchsrechte unterhöheln die individuelle